

Europa im Jahr 2032: Eine Vorschau auf das nächste Jubiläum

Wer Mut schöpfen möchte für die Zukunft Europas, sollte zurückschauen: Vor fünfundzwanzig Jahren war Schengen eine Kleinstadt in Luxemburg und der Euro nicht einmal ein Fremdwort. Vor fünfzig Jahren gab es in Europa Gegenden, in denen sich ein Deutscher besser nicht allein bewegte, und Diktaturen im Süden, deren Kultur als unvereinbar mit den europäischen Werten galt. Vor fünfundsiebzig Jahren galt Deutschland als unvereinbar mit dem Westen und steuerte Europa auf den Zusammenstoß seiner Zivilisationen zu, der fünfundzwanzig Millionen Menschen das Leben kostete. Vor hundert Jahren wurde verlacht, wer von einem Vereinten Europa auch nur träumte.

So beschwingt von der Geschichte, träumen wir uns in die andere Richtung. Europa im Jahr 2032, das 75. Jubiläum der Römischen Verträge: Die erste schwarzhäuptige Außenministerin Frankreichs stellt fest, daß der Sudan nun wirklich nicht zu Europa gehöre. Und die Maghreb-Staaten müßten auch erst einmal die Kiewer Kriterien erfüllen, bevor sie aufgenommen würden in die EU. Bundespräsident Cem Özdemir, gewählt mit den Stimmen der einstigen Jamaika-Koalition, mahnt die neue Bundesregierung, die Zusagen mitzutragen, die die EU dem Iran gemacht hat im Falle seiner umfassenden Demokratisierung. Der EU-Gipfel in Tel Aviv droht zu platzen, weil palästinensische Olivenbauern mit Barrikaden gegen Kürzungen der Agrarsubventionen protestieren. Überall auf dem Kontinent sind rechtspopulistische Parteien auf dem Vormarsch, die vor Überfremdung und dem Ausverkauf nationaler Interessen warnen. Der Übersetzerdienst in Brüssel kollabiert. Europa ist in der Krise. Wie immer schon.

Schon gut, schon gut, das ist nicht realistisch, jedenfalls nicht, wenn man die Gegenwart vor Augen hat. Die rechtspopulistische Parteien sind bereits jetzt auf dem Vormarsch, und bei dem Wort Jamaika wird man im Jahr 2032 wohl weniger an eine untergegangene Koalitionsregierung in Deutschland denken als an eine untergehende Insel in der Karibik. Die Gegenden, in denen sich Fremde besser nicht allein bewegen, gibt es noch immer oder schon wieder, nur daß als fremd nicht mehr die Bewohner des Nachbarlandes, sondern des Nachbarkontinents gelten. Die europäische Einigung besteht aktuell darin, daß eine riesige Datenbank gegründet wird, die europaweit Fingerabdrücke speichert. Ansonsten assoziiert man die Europäischen Union eher mit Agrarsubventionen als mit der Aufklärung.

Daß die breite Bevölkerung dem europäischen Projekt passiv bis ablehnend gegenübersteht, war nie anders. Doch stachen in allen frühen Generationen Schriftsteller hervor wie Heinrich Heine oder Thomas Mann, Politiker wie Arnold Ruge oder Konrad Adenauer, für die Europa mehr war als die Butterbrotlosenverordnung, nämlich eine existentielle Notwendigkeit: der Modus eines Zusammenlebens, durch den die Unterschiede der Ethnien, Sprachen, Religionen und Nationen

nicht aufgehoben, aber politisch entschärft und vielleicht sogar als Reichtum anerkannt werden. Sucht man heute unter Deutschlands Intellektuelle nach Verfechtern der europäischen Idee, fällt einem, äh, Habermas ein ... und Habermas und Habermas.

Die Deutschen sind so selbstverständlich Europäer geworden, daß sie es gar nicht mehr merken. Je länger (West-)Europa in Frieden lebt, desto mehr verschwindet das Bewußtsein, wie großartig, wie erfolgreich das Projekt der Einigung eigentlich ist. Was einmal revolutionär und im buchstäblichen Sinne grenzsprengend war, hat heute den Nimbus von Sonntagsrednerei oder, schlimmer, Gutmenschengeschwätz. Und es stimmt ja auch, Agrarsubventionen klingen nicht sexy. Aber: Ist es nicht wunderbar, daß man sich auf dem Kontinent, der Auschwitz hervorgebracht hat, heute über Agrarsubventionen streitet? Mehr davon, bitte: Macht Schwerter zu Agrarsubventionen, auch auf dem Balkan, in Osteuropa, im Nahen Osten. Bitte streitet über Agrarsubventionen und verschwendet ein Heidengeld an Übersetzer.

Zurück ins Jahr 2032: Auch ganz andere Szenarien sind denkbar. Nehmen wir nur noch einmal den greisen Cem Özdemir als Bundespräsidenten. Zugegeben, eine Utopie sieht anders aus. Genausowenig garantiert eine schwarze Außenministerin eine bessere Politik, wie das Beispiel der Vereinigten Staaten lehrt. Andererseits wäre es nicht das Schlechteste, wenn Europa sich vornähme, des bessere Amerika zu werden, so wie die Vereinigten Staaten vor fünfzig oder fünfundsiebzig Jahren das bessere Europa waren. Daß es auf diesem Kontinent immer noch unvorstellbar erscheint, Repräsentanten des Staates mit Namen anzusprechen, die nicht europäisch klingen, ist ein Problem für Menschen mit fremden Namen, in Deutschland immerhin ein Fünftel der Gesellschaft. Aber wenn es in Europa bis zum Jahr 2032 immer noch nicht alltäglich geworden ist, ist es ein Problem für Europa. Denn es würde bedeuten, daß hundert oder zweihundert Millionen Menschen, deren Familien in der dritten, vierten, fünften Generation in Europa leben, noch immer nicht das Gefühl haben werden, akzeptiert zu sein. Gegen die sozialen Konflikte, die daraus erwachsen, wären die Prügeleien von Jugendgangs in Berlin-Neukölln und sogar die Krawalle in den Pariser Vororten ein folkloristischer Tanz. Das Modell einer solchen Zukunft wäre eher die Vergangenheit Amerikas.

Nehmen wir den Sudan: Keine Sorge, der Verfasser plädiert nicht für die Aufnahme halb Afrikas in die Europäische Union. Aber der europäischen Idee im emphatischen Sinne, der Idee einer säkularen, transnationalen, multireligiösen und multiethnischen Willensgemeinschaft, wie sie aus der Aufklärung und der französischen Revolution erwuchs, ist die Universalität wesenseigen. Sie läßt sich nicht relativieren und kennt keine festgefügt geographischen Grenzen. Sie kann nicht einfach in Gibraltar oder in Irland, an den Grenzen Polens oder Bulgariens aufhören. Nicht umsonst macht es Immanuel Kant nicht unter dem *ewigen* Frieden, einer *Weltföderation* republikanisch verfaßter Länder. Natürlich ist das eine Utopie, und keiner wußte das besser als

Kant, dieser nüchternste unter allen europäischen Philosophen. Aber in dem Augenblick, in dem Europa aufhört, diese Utopie vor Augen zu haben, sich auf diese Utopie hinzubewegen, hört es als Idee auf zu existieren. Die Türkei erfüllt die Kopenhagener Kriterien nicht, die – zu Recht – zur Bedingung gemacht worden sind für eine Aufnahme in die Europäische Union? Richtig. Also sollte Europa alles dafür tun, damit die Türkei sich im Sinne dieser Kriterien verändert – und stolz sein, sollte die Türkei eines Tages europäisch *geworden* sein.

Die Perspektive, zu Europa zu gehören, war für die Gesellschaften im Süden und Osten des Kontinents ein wesentlicher Antrieb, die Diktaturen abzuschütteln und radikale Reformen durchzusetzen. Gewiß haben die daraus resultierende Erweiterung auf inzwischen 27 Mitgliedsstaaten die Europäische Union jedesmal neu überfordert. Nur stelle man sich die Alternative vor, wenn die Europäer es sich in ihren Grenzen bequem gemacht hätten. Man stelle sich vor, die EU würde den Betrieb als Reformmotor nicht nur drosseln (was wegen Überhitzung gelegentlich sinnvoll sein mag), sondern ein für alle Mal einstellen: Die Entwicklung, die daraufhin in Osteuropa oder in der Türkei einträte, wäre für die alten Europäer erst recht nicht bequem. Sie wäre dramatisch.

Der Sudan wird auch im Jahr 2032 nicht an die Tür der Europäischen Union klopfen. Aber wenn man sich die Geschwindigkeit vor Augen hält, in der Europa in den letzten Jahrzehnten zusammengewachsen ist, kann man kaum weit genug denken, um sich Europas Zukunft vorzustellen – wenn nicht bis zum Sudan, vielleicht sogar bis Tel Aviv und den Protesten der palästinensischen Ölbauern. Seien wir nicht unrealistischer als Immanuel Kant. Die Sache mit dem Weltfrieden heben wir uns allerdings besser auf für das übernächste Jubiläum.

Navid Kermani

Der Schriftsteller und Orientalist Navid Kermani lebt in Köln. Soeben ist im Ammann-Verlag sein Roman „Kurzmitteilung“ erschienen.